

Ankläger verbittert über „Betonplatten in den Köpfen der Richter“

WZ
20.12.96

Prozeß „Worms drei“: Haft bis 14 Jahre gefordert

Von unserem Redaktionsmitglied
REINHARD BREIDENBACH

MAINZ – Einen Tag vor dem Urteil im Kindesmißbrauchsprozeß „Worms eins“ blieb die Staatsanwaltschaft auch im Parallelverfahren „Worms drei“ bei ihrer kompromißlosen Linie und forderte gestern für die fünf Angeklagten, drei Männer und zwei Frauen im Alter zwischen 30 und 74 Jahren, Haftstrafen zwischen 20 Monaten und 14 Jahren. Die Höchststrafe von 14 Jahren verlangen die Ankläger für Steffen G., ehemals Wirt einer Gaststätte, in der Angeklagte aus allen drei Worms-Verfahren eigene Kinder, Nichten und Neffen geschändet und zur Herstellung von Pornofilmen mißbraucht haben sollen. Alle Angeklagten bestreiten die Vorwürfe. In „Worms eins“ hatte die Staatsanwaltschaft Haft zwischen acht und 14 Jahren gefordert.

Bitterer Ton

Die Widerwärtigkeit der Taten, das geringe Alter der mutmaßlichen Opfer – das jüngste zum angeklagten Tatzeitraum erst sechs Monate alt –, und die hohe kriminelle Energie seien den Angeklagten besonders anzulasten, so Staatsanwältin Heike Finke. Für den 74-jährigen Johann M. fordert die Anklägerin acht Jahre, für seine Tochter Heike M. 13 Jahre. Beide sollen die fünfjährige Tochter der M. mehrfach mißbraucht und Fremden zur Prostitution angeboten haben. Holger M., Sohn des Johann M., soll an seinen Söhnen manipuliert und mit einer Fünfjährigen Geschlechtsverkehr ausgeführt haben. Für ihn verlangen die Ankläger elf Jahre Haft. Ehefrau Nicole M. habe Beihilfe geleistet; die Strafforderung für sie: ein Jahr und acht Monate auf Bewährung.

In zutiefst bitterem Ton werfen die Ankläger den Richtern Befangenheit vor. Dies deutet auf ein schweres inneres Zerwürfnis und persönliche Animositäten zwischen den Staatsanwältinnen und der Strafkammer hin. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft hat sich das Gericht unter dem Vorsitzenden Hans E. Lorenz schon sehr früh innerlich gegen eine Verurteilung entschieden. „Alle Zeichen stehen auf Freispruch“, so die Staatsanwältin. Die Ankläger seien dagegen nach wie vor überzeugt, daß die Angeklagten

als Täter bestraft werden müßten. Heike Finke spricht von „Betonplatten in den Köpfen der Richter“. Das Gericht sei nicht in der Lage, Beweise objektiv zu würdigen.

Der Prozeßtag stand kurz vor einem Eklat: Die Staatsanwältin warf dem Gericht vor, eine für die Angeklagten belastende Zeugin schlecht behandelt zu haben, weil die Aussage dieser Frau „nicht ins Bild paßte“. Lorenz, sichtlich empört, unterbrach die Sitzung, ließ das Plädoyer dann jedoch fortsetzen.

„Das Gericht ist voreingenommen, weil es sich so widerwärtige Taten nicht vorstellen will oder kann – und schon gar nicht, wenn Mütter als Täterinnen benannt sind“, meint die Staatsanwaltschaft. Heike Finke spricht von einem „Mütter-Mythos“, der die Richter vermutlich gegen eine Verurteilung eingenommen habe.

Schon jetzt deutet die Anklagebehörde an, daß sie Revision gegen den erwarteten Freispruch einlegen wird. Das „Fundament für das Freispruchsgebäude, das das Gericht bauen wird“, sei das Glaubwürdigkeitsgutachten des Berliner Psychologieprofessors Max Steller. Steller hatte für Aufsehen gesorgt, als er – im Gegensatz zu anderen Sachverständigen – Aussagen von Kindern über erlittenen Mißbrauch für suggestiv beeinflusst und damit unglaubwürdig erklärte. „Steller wollte nichts zur Wahrheitsfindung beitragen, er wollte nur Kinderaussagen zerstören“, beklagt die Staatsanwältin. In „maßloser Selbstüberschätzung“ habe Steller anderen Experten, die Kinderaussagen im Kern für glaubwürdig hielten, unverschölen mit beruflichen Nachteilen gedroht.

„Narrenfreiheit“

Aufgrund eines „eigenartigen, geradezu innigen Verhältnisses“ zwischen dem Vorsitzenden Lorenz und Steller habe der Professor „Narrenfreiheit“ gehabt und ein völlig einseitiges „Unglaubwürdigkeitsgutachten“ erstattet, ohne die Kinder selbst befragt zu haben. Das ungerechtfertigte Scheitern der Anklage sei Steller und dem voreingenommenen Gericht anzulasten – und nicht etwa den Fehlern der ehemaligen „Wildwasser“-Mitarbeiterin Ute P., so Staatsanwältin Finke. Ute P. wurde mehrfach vorgeworfen, Kinder suggestiv beeinflusst zu haben.